

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 23. Mai 2007
Aktualisiert auf der Mitgliederversammlung am 18. Februar 2009
Aktualisiert auf der Mitgliederversammlung am 15. April 2009



Jusos Stadt Braunschweig
Schloßstr. 8
38100 Braunschweig
Telefon: (05 31) 4 80 98-21
Telefax: (05 31) 4 80 98-26
info@jusos-bs.de
www.jusos-bs.de

ANTRAG UMWELT, ENERGIE UND MOBILITÄT

„[...] Die fortschreitende Zerstörung der Erdatmosphäre, die Vergiftung der Meere und eine drohende Klimakatastrophe, Waldsterben, Grundwasserbelastung, umweltbedingte Krankheiten und die hohen Aussterberaten der Tier- und Pflanzenarten sind die dramatischen Zeichen einer umfassenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage. Der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft ist zur Frage des Überlebens geworden.“

(aus dem Grundsatzprogramm der SPD)

1. Die Ausgangslage: Energiehunger ohne Ende...

In Zeiten stetig steigender globaler Energie-Nachfrage stellt sich verstärkt die Frage nach einer alternativen Energieversorgung zur Verbrennung fossiler Brennstoffe und zur Kernenergie. Der Einsatz konventioneller Energiegewinnungen – wie die Verbrennung fossiler Brennstoffe und die Kernenergie – hat folgenschwere Auswirkungen auf die Umwelt, wie die Klimaveränderung, der Treibhauseffekt, das Ozonloch und die Atomzwischenfälle und -katastrophen.

Der Energiehunger, bedingt durch den Einsatz von immer mehr Technologien in den Industriestaaten und dem Aufstiegsdrang vor allem der Mächte China und Indien, kann

durch den Einsatz konventioneller Energiegewinnung nicht langfristig gedeckt werden.

Unsere Rohstoffe sind nur begrenzt verfügbar. Durch den stetigen Bevölkerungszuwachs weltweit, wird sich die Nachfrage nach Energie noch weiter vergrößern und den Zugriff auf unsere Energiereserven weiter verschärfen. Folglich werden die Preise für Rohstoffe und Energiereserven weiter ansteigen.

Die Atomenergie kann nicht die Antwort auf die Probleme der Versorgungssicherheit mit Energie und des Klimawandels sein. Genau so wie bei Gas und Erdöl sind wir auch bei der Atomenergie auf den Import von Brennstoffen angewiesen. Und diese stehen uns nicht ewig zur Verfügung. Zudem sorgen immer mehr Störfälle bei sicher geglaubten europäischen Kernkraftwerken für eine zunehmende Verunsicherung in der Gesellschaft.

Keine Lösung ist auch der Weiterbetrieb älterer Kernkraftwerke. Bedingt durch ihre veraltete Technik genügen sie nicht mehr heutigen Sicherheitsstandards. Der Weiterbetrieb dient nicht dem Klimaschutz – wie es uns CDU weismachen möchte - sondern zum Auffüllen der Kassen der Energieindustrie. Denn jedes abgeschriebene KKW ist bares Geld für die Energieindustrie.

Und ein riesiges Problem bleibt: weltweit gibt es noch keine Lösung für die Endlagerung von Atommüll, die für Jahrtausende sicher gelagert werden müssen. Auch die Entsorgung und die Endlagerung von Brennstoffen aus der Kerntechnik ist noch längst nicht geklärt.

2. Lösungen sind gefragt!

Es kann nur drei Lösungen geben, um unsere Energieversorgung zukunftsfähig zu gestalten:

1. Es gilt, den privaten und kommerziellen Energie- und Wasserverbrauch weiter zu senken. Hier werden enorme Potenziale noch nicht genutzt. Ein Großteil der zu Hause genutzten Energie ist Wärmeenergie. Durch Sanierungen lassen sich über 50 Prozent davon einsparen. Aufklärungskampagnen zur Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung sind ein sinnvoller Schritt, um ein ökologisches Bewusstsein in der Bevölkerung zu wecken. Ökologie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

2. Es gilt, weiter in den Markt der erneuerbaren Energien, wie Wind-, Wasser- und Solarkraft zu investieren. Die SPD hat durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und mit dem Ausstieg aus der Atomenergie die Grundlage dazu gelegt. Nur die Nutzung erneuerbarer Energien macht ein rohstoffarmes Land wie Deutschland wirtschaftlich und politisch unabhängig und schafft es, umweltschonend Energie in größeren Mengen dauerhaft und kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Bereits heute tragen sie etwa 12 Prozent zur Stromversorgung bei. Bereits im Jahre 2020 soll deren Anteil auf über 30 Prozent aufgebaut werden – mit steigender Tendenz.

3. Die Energie-Industrie muss ihren Zusagen nachkommen, in moderne Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden und Kraft-Wärme-Kopplung zu investieren. So lässt sich Energie Ressourcen schonender erzeugen und die Umwelt durch niedrigere CO₂-Emissionen schonen.

Alle drei Lösungen können dazu beitragen, den Energieverbrauch insgesamt zu senken und langfristig die Atomkraft überflüssig zu machen.

3. Ökologisch weiter- denken

Der Markt der erneuerbaren Energien verbindet ökonomische, ökologische und soziale Herausforderungen und wird die Zukunft der Industriestaaten mitprägen.

Wer in Energie- und Umwelttechnologien investiert, der gestaltet dauerhaft Arbeitsplätze und sichert Zukunft – ökonomisch, ökologisch und sozial. Energie- und Umwelttechnologien sind Innovationsmotoren und Impulsgeber für Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft. Hierbei sind unter anderem folgende Schlüsselsektoren zu fördern:

- a) Energieerzeugungs- und Kraftwerktechnologien, um neue Formen der Energiegewinnung zu erforschen und um den CO₂-Ausstoß weiter zu senken
- b) Energieeffizienztechnologien, um Rohstoffe zu sparen
- c) Recycling- und Abfallwirtschaftstechnologien, um durch Recycling gewonnene „Sekundärrohstoffe“ zu nutzen
- d) Mobilitäts- und Verkehrstechnologien, um neue Kraftstoffe und neue Antriebe zu entwickeln

a) Potential Erneuerbarer Energien ausschöpfen

Potentiale erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung in der Region Braunschweig

Der Stromverbrauch in der Region Braunschweig beläuft sich auf schätzungsweise 7 Terawattstunden (TWh) pro Jahr. Derzeit werden in der Region etwa jede fünfte Terawattstunde pro Jahr aus erneuerbaren Energien ins Netz eingespeist. Unter den erneuerbaren Energien leistet die Windenergienutzung in der Region Braunschweig derzeit mit 85% derzeit den größten Beitrag, gefolgt von Biogas mit 11%.

Mit knapp 19% Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung erreicht die Region Braunschweig bereits heute fast das Ziel für das Jahr 2020. Aber sind mittelfristig auch 50% oder sogar eine hundertprozentige Strombedarfsdeckung möglich?

Eine Betrachtung der Potenziale der Windenergie, Wasserkraft, Bioenergie, Photovoltaik und Geothermie (Erdwärme) ergibt, dass eine vollständige Versorgung, d.h. die Produktion von jährlich 7 TWh Strom nur in der Theorie möglich ist. In der Praxis kann bis 2050 unter Bemühung aller relevanten Akteure mit einer 50%igen Versorgung gerechnet werden. Das liegt daran, dass eine Ausnutzung von 95% der geeigneten Dachflächen für Photovoltaikanlagen bis 2050 nicht realistisch ist. Des Weiteren bestehen Nutzungskonkurrenzen und -konflikte von Flächen. Zum Beispiel können die landwirtschaftlichen Flächen nur entweder zum Anbau von Nahrungsmitteln oder von Energiepflanzen genutzt werden.

Um dem Ziel einer hundertprozentigen Versorgung aus erneuerbaren Energien näher zu kommen, müssen alle Träger erneuerbarer Energien genutzt werden. Schwerpunktmäßig sollte sich der Ausbau auf die Nutzung von Photovoltaikanlagen konzentrieren. Da die Anlagen auf Hausdächern montiert werden, sind damit keine Nutzungskonflikte in der Fläche verbunden. Außerdem ist das Ertragspotenzial im Vergleich zu anderen Trägern erneuerbarer Energien – die bereits stärker genutzt werden – am größten. So haben Untersuchungen im Rahmen des Projekts „SUN-AREA“ gezeigt, dass allein in der Stadt Braunschweig jährlich rd. 250 GWh Solarstrom erzeugt werden könnten (das entspricht einer CO₂-Einsparung von 128.127 Tonnen).

Wichtige Maßnahmen auf dem Weg zur nachhaltigen Energienutzung bestehen vor allem in

der Einrichtung einer unabhängigen Energieberatung, in der Umsetzung von Modellprojekten und in der Vernetzung relevanter Akteure in der Region.

Forderungen:

- Einrichtung einer regionalen Beratungs- und Vernetzungsinstitution (Beratung der Kommunen in der Region Braunschweig zu Energiethemen, Vernetzung der verschiedenen Akteure). Die Institution soll Maßnahmenvorschläge für die Förderung erneuerbarer Energien entwickeln. Dabei sollen Förderungsmöglichkeiten für alle Träger erneuerbarer Energien erarbeitet werden; denn nur so können die Ausbauziele erreicht werden. Die verschiedenen lokalen Standortbedingungen sollen bei der Wahl der Förderinstrumente Berücksichtigung finden.
- Schwerpunktmäßig auf PV-Anlagen setzen (z.B. Dachflächen kommunaler Liegenschaften zur PV-Nutzung anbieten, bei der Bauleitplanung auf günstige Dachausrichtung der Gebäude achten, PV-Nutzung zusätzlich fördern)
- Einrichtung einer regionalen Beratungs- und Vernetzungsinstitution (Beratung von Kommunen in der Region Braunschweig zu Energiethemen, Vernetzung der verschiedenen Akteure)

Potentiale in Braunschweig

Untersuchungen im Rahmen des Projekts „SUN-AREA“ haben gezeigt, dass insgesamt 1,9 km² Dachflächen in Braunschweig geeignet für die Stromerzeugung über Photovoltaik eingestuft wurden. Allein in der Stadt Braunschweig könnten jährlich rund 250 GWh Solarstrom erzeugt werden - das entspricht einer CO₂-Einsparung von 128.127 Tonnen. Theoretisch könnte über Photovoltaik ca. 70% des privaten Strombedarf in Braunschweig abgedeckt werden, was ein großes Potential zum Aufbau einer dezentralen Stromversorgung darstellt. Hierzu sind Investitionen von rund 1 Mrd. EUR für Photovoltaik-Anlagen nötig.

Forderungen

- Einrichtung einer unabhängigen Energieberatung für private Haushalte, Industrie und Gewerbe
- Aufbau eines Kommunalen Energiefonds nach Hannoveraner Vorbild zur finanziellen Unterstützung privater Haushalte bei Ausbau von Photovoltaik-Anlagen
- Entwicklung eines Handlungsplans zum Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf allen

öffentlichen Gebäuden bis zum Jahre 2030 – Braunschweig muss mit gutem Beispiel voran gehen!

d) Eine Mobilitätswende einleiten!

Die steigende Mobilität der Gesellschaft erfordert es, allen Menschen auf der Welt nachhaltig den Zugang zur Mobilität zu sichern. Die Herausforderung hierbei ist, die stetig steigende Treibstoff-Nachfrage bedingt durch die steigende Mobilität zu sichern.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass wir nach Alternativen zur Energieversorgung zur Verbrennung fossiler Brennstoffe als Antriebsmittel für unsere Mobilität kommen müssen. Unsere Rohstoffe sind nur begrenzt verfügbar.

d.1 - Aktuelle Probleme

Abkehr von der Verbrennung fossiler Brennstoffe

Grundsätzlich müssen wir davon abkommen, Erdöl als Treibstoff für Verbrennungsmotoren zu verwenden.

Unsere Erdölvorkommen reichen nur noch 50 bis maximal 100 Jahre aus. D. h. der Kampf und der Preisdruck für Erdöl wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen.

Unter diesen Voraussetzungen ist es ein irreparabler Fehler, unsere letzten Erdölvorkommen als Treibmittel für Verbrennungsmotoren zu vergeuden. Sind unsere Erdölvorkommen, die über Jahrtausende entstanden sind, erst einmal aufgebraucht, wird die Menschheit Probleme bekommen, alle auf Erdölbasis produzierten Produkte herzustellen, wie z. B. Farbstoffe oder Plastik- und Gummiverbindungen. Erdöl ist ein viel zu kostbares Gut, um es einfach nur zu verfeuern.

Biosprit ist auch keine Lösung

Für viele Experten ist die Gewinnung von Ethanol aus Zuckerrüben, Weizen, Mais oder Raps die Lösung des Treibstoff-Problems und soll deshalb schrittweise ausgebaut und staatlich gefördert werden.

Als „Biosprit“ bezeichnet man Kraftstoffe, die nicht auf der Basis von Erdöl sondern auf der Basis nachwachsender Rohstoffe – also Biomasse – hergestellt werden. Ethanol wird aus stärke- oder zuckerhaltigen Pflanzen und Biodiesel aus Pflanzenölen synthetisiert. Etwa 80% der Energie, die sich durch Biosprit gewinnen lässt, muss erst einmal in Form fossiler Energie für Dünger, Ernte und Herstellung aufgebracht werden. Zusätzliche Verarbeitungs- und Veredelungsprozesse verbrauchen weitere Energie. In vielen Ländern wird „Biosprit“ deswegen folgerichtig auch „Agrarsprit“ genannt. Da aktuelle Verbrennungsmotoren reinen Biosprit nicht vertragen, kann dieser dem normalen Kraftstoff nur anteilig beigemischt werden.

Weltweiter Vorreiter in Sachen Agrarsprit ist Brasilien. Seit 1975 fördert das Land die Herstellung von Ethanol auf Basis von Zuckerrohr. Auf einer Anbaufläche von 70.000 km² wurden im Jahre 2006 17 Mrd. Liter Ethanol hergestellt. Pläne der brasilianischen Regierung sehen eine Verzehnfachung der Anbaufläche auf 900.000 km² im Jahre 2025 vor, um den Ertrag auf 200 Mrd. Liter Ethanol zu steigern. Selbst bei diesen ehrgeizigen Plänen könnte Brasilien damit nur 10% des weltweiten Treibstoffbedarfs decken.

Auch die angestrebten und ambitionierten Agrarsprit-Ziele werden nicht helfen, unser Treibstoffproblem zu lösen sondern nur überbrücken. Er kann dazu genutzt werden, die Abhängigkeit vom Erdöl in den nächsten Jahren zu mindern und den Spritpreis zu stabilisieren. Ein Ersatz für Erdöl ist Biosprit aber nicht!

d.2 - Es ist Zeit, eine grundsätzliche Mobilitätswende einzuleiten

Auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr setzen

Unser Ziel muss es sein, dass immer mehr Menschen in der Welt auf das Auto verzichten, und stattdessen öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Hier hat die Politik eine Vorbildfunktion, indem sie einen Förderungsschwerpunkt in einen attraktiven öffentlichen Personennah- und Fernverkehr setzt. Subventionen, die den Individualverkehr fördern, müssen drastisch gesenkt werden.

Ökologische Bewusstsein stärken

Das ökologische Bewusstsein der Bevölkerung muss gestärkt werden, um konsequent den Spritverbrauch zu senken, z. B. durch Anreize, auf Fahrrad und ÖPNV umzusteigen (Fahrradstraßen, Fahrplan- und Preisgestaltung).

Auf neue Mobilitätstechnologien setzen

Gesetze müssen verabschiedet werden, die eine Abkehr von Verbrennungsmotoren als Antrieb für Kraftfahrzeuge festschreibt. Auch muss von staatlicher Seite die Forschung im Bereich neuer, alternativer und innovativer Antriebstechnologien gefördert werden, um deren Einführung sowie Serienreife zu beschleunigen. Dies muss ein Anreiz für die Autoindustrie sein, noch intensiver in die Forschung von Brennstoffzellenautos sowie in neuartigen und leistungstärkeren Akkumulatoren für Elektroautos zu investieren.

d.3 - Maßnahmen, um die Zeit bis zur Mobilitätswende nachhaltig zu gestalten

Wir sind uns im Klaren, dass eine Mobilitätswende von heute aus morgen nicht umsetzbar ist. Deshalb fordern wir die Mobilitätswende in Verknüpfung mit einem Mix aus Überbrückungsmaßnahmen einzuleiten:

Sparsamere Autos Produzieren

Die Autoindustrie ist aufgefordert, Autos mit sparsamen und effizienteren Motoren zu produzieren. Bei Motorwirkungsgraden von unter 50 Prozent erweisen sich Verbrennungsmotoren als längst veraltet und ökologisch unsinnig. Denn nur die Hälfte der Energie, die benötigt wird, kann bei Verbrennungsmotoren tatsächlich in Bewegungsenergie umgewandelt werden.

Agrarsprit-Subvention abschaffen! / Anbauflächen und Naturschutzflächen schützen

Durch die Subvention von Biosprit wird ein unnötiger Wettbewerb zwischen den Nutzpflanzen ausgelöst. Die Pflanzen, aus denen Biosprit gewonnen wird, können nur auf nährstoffreichen Böden angebaut werden und verdrängen dort Nahrungsmittelpflanzen. Dadurch verteuert sich der Preis der Nahrungsmittelpflanzen künstlich – Spekulationen mit diesen Nahrungsmitteln treiben die Preise weiter an. Dies führt zu einer künstlichen Nahrungsmittelverteuerung und -verknappung.

Dadurch besteht die Gefahr, dass nicht mehr genug Anbauflächen für die weltweite

Nahrungsversorgung bereit stehen. Biokraftstoffe sollten deshalb nur auf Flächen angebaut werden dürfen, auf denen keine Nahrungsmittel wachsen oder bedrohte Pflanzenarten.

Agrarsprit nur regional einsetzen

Unter gewissen Umständen kann der Einsatz von Agrarsprit sinnvoll sein: wenn er dort eingesetzt wird, wo die nachwachsenden Rohstoffe auch wachsen sowie die Energieausbeute der Pflanzen hoch ist. So ließen sich dezentrale Agrarspritnetzwerke schaffen, die vor Ort für den Treibstoffhaushalt sorgen. In Entwicklungsländern könnten so Kleinbauern und Genossenschaften vor Ort gefördert werden.

Biosiegel für Sprit

Wenn Biosprit wirklich „BIO“ sein soll, dann muss die Ökobilanz stimmen. Biospritvarianten, die bei der Erzeugung mehr Energie brauchen, als sie bei der Verbrennung bereitstellen, müssen geächtet werden.

Sinnvoll wäre dazu z.B. ein Zertifizierungssystem zur Unterscheidung von Agrar- und wirklichen Biokraftstoffen. Zusätzlich könnte eine weltweite Quotierung und Zertifizierung landwirtschaftlicher Flächen (vor allem Plantagen) für Agrarkraftstoffe eingeführt werden. So wäre sichergestellt, dass keine Nahrungsmittelpflanzen verdrängt werden und kein Regenwald gerodet wird.

Gegebenenfalls auf neue Agrarspritvarianten setzen

Biospritvarianten, die bei der Erzeugung mehr Energie brauchen, als sie bei der Verbrennung bereitstellen, müssen geächtet werden.

Sinnvoll ist auch, den Biosprit der zweiten Generation schneller auf den Markt zu bringen. Beim „Biomass To Liquid“-Verfahren (BTL) wird ein Kraftstoff aus fester Biomasse synthetisiert. Somit kann die gesamte geerntete Biomasse (also auch Bio-Müll oder Holzreste) zur Herstellung von Biosprit verwertet werden, was den Ertrag pro Nutzfläche steigert. Der CO₂-Ausstoß kann bei der Verbrennung im Motor um 80 bis 100 Gramm pro Kilometer gesenkt werden. Das führt zu einer deutlichen CO₂-Reduzierung im PKW- und LKW-Verkehr.

Sinnvoll und nachhaltig wäre deren Einsatz aber nur, wenn sie vor Ort eingesetzt werden.

Biogas dezentral ausbauen

Dort, wo Biogasanlagen jetzt schon für eine dezentrale Versorgung mit Energie und Wärme sorgen (oder zukünftig geplant sind) ist der Aufbau einer dezentralen Erdgas-Auto-, LKW- und Busflotte erstrebenswert. So kann lokal ein Beitrag zur Treibstoffsicherheit geleistet werden.

Regionale Elektroauto-Flotten aufbauen (z. B. Im Taxi-Gewerbe)

Der Wirkungsgrad von Elektroautos ist um über 30% höher als der von Verbrennungsmotoren. Somit sind Elektroautos ein sinnvoller Beitrag, um Treibstoff zu sparen.

Dennoch ist die Elektroauto-Technologie heute noch nicht in der Lage, die Vorteile von Verbrennungsmotoren in Sachen Reichweite und Anschaffungskosten auszugleichen. Deshalb ist es sinnvoll, lokale Elektro-Flotten ins Leben zu rufen, um somit über die Stückzahlen die Preise für Elektroautos zu senken sowie diese zur Serienreife zu verhelfen, um aus der Praxis heraus eine kontinuierliche Technologieverbesserungen zu ermöglichen.

4. CDU-FDP: Politik gegen Umwelt und Natur

Nun hat auch die CDU in Niedersachsen die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen Energie- und Umwelttechnologien erkannt und lobend begleitet. Doch anstatt die Energiekonzerne zu überzeugen, in neue Energietechnologien zu investieren, sieht sie sich als Interessensvertreter, den Einsatz konventioneller Energiegewinnungen zu nutzen – sei es die Verbrennung fossiler Rohstoffe und vor allem die Atomkraft. Worum es aber geht, hat sie nicht begriffen, nämlich die Klärung der Energiefrage der Menschheit. Das kann sie aber auch als Lobbyist der großen Energiekonzerne nicht erkennen!

Dies wäre nur halb so schlimm, wäre da nicht der Landesminister „Gegen Umwelt und Natur“ Sander von der FDP, der seinen Arbeitsauftrag nicht verstanden hat. Anstatt die Umwelt in Niedersachsen zu schützen, wird die Reihe von Untaten seiner so genannten Umweltpolitik Monat für Monat länger. Schlimmste Beispiele sind hier die Zerschlagung der gut funktionierenden Umweltverwaltung im Land und die Kürzung der Förderung für alternative Energien.

Und das jüngste Ereignis: Im November 2006 hatte er eigenhändig zur Motorsäge gegriffen und im geschützten Biosphärenreservat Elbtalau eine Weide und Pappeln beschnitten. Das

rechtfertigte der Minister als notwendige "Entbuschung" zum Hochwasserschutz. Die EU-Kommission leitete ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstoßes gegen europäische Naturschutzvorschriften ein.

5. das Problem: Atomkraft und Atomendlager...

5.1 Atomkraft: Nein Danke!

Aufgabe der Jusos muss es sein, die SPD weiter zu drängen, eine umweltpolitische Führungsrolle in Deutschland einzunehmen und die ökologische Modernisierung Deutschlands fortzusetzen und zu verstärken.

Der 1998 eingeleitete Ausstieg aus der Atomkraft ist für uns Jusos eine unverzichtbare Voraussetzung für eine Energiewende in Deutschland. Ziel muss es sein, die Energieproduktivität Jahr für Jahr zu steigern und den Anteil der erneuerbaren Energien schrittweise weiter zu erhöhen.

Des Weiteren müssen wir die Auseinandersetzung mit dem nationalen Konzept der unumkehrbaren, nicht-rückholbaren Endlagerung radioaktiver Abfälle suchen. Dies könnte zu einer Atomaren Verseuchung unseres Grundwassers in unsicheren Endlagern – vor allem in unserer Region – führen.

5.2 Unsichere Atommüllendlagerung – wir brauchen neue Lösungen!

Im so genannten Forschungsbergwerk „Asse II“ werden Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Endlagerung radioaktiver und chemisch-toxischer Abfälle in Salzformationen durchgeführt. Bis 2017 soll die Schließung der Schachanlage nach Bundesberggesetz vollzogen sein. Dies reicht uns Jusos nicht, denn nach diversen Wassereintrüben in den trocken geglaubten Salzstollen ist die Gefahr einer radioaktiven und toxischen Verseuchung nicht ausgeschlossen. Viele Fässer sind Beschädigt oder rosten vor sich hin, so dass die Gefahr besteht, dass deren Inhalt mit dem Grundwasser in Berührung kommt. Deshalb fordern wir Jusos in Braunschweig eine Schließung des

Forschungsendlagers Asse II unter Atomrecht und eine schnelle Rückholung der Abfälle.

Das Atom-Zwischenlager „Gorleben“ ist auf seine Daseinsberechtigung hin zu überprüfen. Es stellt durch seine oberirdische Lagerung von Castoren ein gewaltiges Risiko dar. Ein Schutz vor Flugzeug abstürzen ist nicht gegeben.

Zudem ist „Gorleben“ als geplantes Atomendlager im Gespräch. Dort sollen in den ehemaligen Salzstollen hochradioaktive Abfälle gelagert werden. Dies lehnen wir ab. Auch hier ist es mehrmals zu Wassereinbrüchen in den trocken geglaubten Salzstollen gekommen.

Gerade die Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) verdeutlicht die Problematik. Das ehemalige Kali- und Steinsalzbergwerk war bislang das einzige Endlager für radioaktive Abfälle, das in Deutschland nach dem Atomgesetz betrieben wurde. Ausgewählt und genehmigt von den zuständigen DDR-Behörden, ging die Zuständigkeit nach der Wiedervereinigung auf den Bund über.

Insgesamt wurden bis zur Beendigung des Einlagerungsbetriebs im Jahr 1998 (einschließlich des Zeitraums vor der Wiedervereinigung) rund 37.000 m³ radioaktiver Abfälle in Morsleben eingelagert. Von 1971 bis 1991 wurden dort schwach- und mittelradioaktive Abfälle gelagert, von 1994 bis 1998 22.000 m³ Atommüll.

Das unterirdische Lager ist jedoch unsicher: Trotz der Gefahren von Wassereinbruch oder Deckeneinstürzen wurde bis 1998 Atommüll in Morsleben eingelagert. Im Jahre 2001 stürzte ein 4000 Tonnen schwerer Salzbrocken von einer Decke. Um weitere Einstürze zu vermeiden, wurden bereits mehrere Hohlräume mit Beton verfüllt.

Die Einlagerung in Morsleben wurde 1998 beendet. Im April 2001 hat das BfS schließlich auf die Genehmigung zur Einlagerung von atomaren Abfällen unwiderruflich verzichtet.

Bei der Stilllegung soll das ERAM so verschlossen werden, dass Lösungszutritte in die Einlagerungsbereiche und Schadstoffaustritte aus den Grubengebäuden verhindert werden. Nach einer Umrüstphase von etwa einem Jahr könnte dann 2009 mit der endgültigen Verfüllung und Verschließung des Endlagers begonnen werden. Die Dauer dieser Maßnahmen wird auf circa 15 Jahre kalkuliert, so dass bis 2024 die Stilllegung des ERAM abgeschlossen sein könnte. Die Kosten sollen sich auf 1,5 Mrd. Euro belaufen. Eine Rückholung des Atommülls ist nicht geplant.

Des Weiteren müssen wir Jusos weiter auf die SPD einwirken, die Inbetriebnahme des geplanten Atom-Endlagers „Schacht Konrad“ mit allen Mitteln zu verhindern. Dort soll im stillgelegten Eisenerz-Bergwerk im Stadtgebiet Salzgitter radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung eingelagert werden. Rund 90 Prozent der in Deutschland anfallenden radioaktiven Abfälle gehören zu dieser Kategorie.

Aus diesen Gründen fordern wir Jusos in Braunschweig die Bundesregierung auf die Schließung des Forschungsendlagers Asse II unter Atomrecht und eine schnelle Rückholung der Abfälle voran zu treiben

eine Atommüllendlagersuche in ganz Deutschland durchzuführen. Zwischenfälle in allen niedersächsischen vorhandenen und geplanten Lager zeigen, dass diese nicht sicher sind. Hierzu sind die Kriterien für Atommüllendlager konkreter zu beschreiben.

das Atomrecht für alle Atommüllendlager in der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen.

dafür zu sorgen, dass Atommüll in einer Form gelagert wird, dass eine Rückholung auch zukünftig gewährleistet wird.

Hier setzen wir unsere Hoffnungen in den Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, mit dem wir Jusos gemeinsam in den Landtagswahlkampf 2003 in Niedersachsen gezogen sind, um ein „Atom-Klo Niedersachsen“ zu verhindern.